

Verlust der Fischerei schädigt Küstenregion

In Büsum tagt Mittwoch die Agrarministerkonferenz (AMK) - IHK Schleswig-Holstein fordert mehr Augenmaß

In Norddeutschland formiert sich weiterer Widerstand gegen das Maßnahmenpaket der EU-Kommission „zur Verbesserung der Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit des Fischerei- und Aquakultursektors“.

Für den heutigen Mittwoch ist zudem großer Aktionstag im Hafen Büsum anlässlich der Agrarministerkonferenz (AMK) in Vorbereitung, wenn die Fachminister aus den Ländern und dem Bund zusammenkommen. Die Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein (IHK) machte einen Tag vor der Zusammenkunft klar, dass die Brüsseler Überlegungen zur Zukunft auch der Fischereiwirtschaft so nicht umgesetzt werden können und dürfen. Von „Kurzsichtigkeit“ ist gar die Rede.

„Werden die Pläne so umgesetzt, ist an Standorten wie Büsum bereits Ende März 2024 Schluss mit der Krabbenfischerei“, warnt etwa Björn Ipsen, Hauptgeschäftsführer der IHK Schleswig-Holstein. Dies wirke sich damit direkt auf die regionale Wirtschaft und zahlreiche Arbeitsplätze aus. Tatsache sei, dass eine Hafenstadt wie Büsum überregional ein wichtiges Zentrum für die Krabbenlogistik mit internationalen Wirtschaftsverflechtungen sei. Die Strahlkraft reiche nach Dänemark im Norden und den Niederlanden im Westen.

Ein ähnliches Schicksal drohe dabei auch anderen Fischerei-Standorten an Nord- und Ostsee in Schleswig-Holstein. Direkt betroffen seien beispielsweise Großhändler, die sich auf die Fischereibranche ausgerichtet haben, oder auch Logistikbetriebe, die für die transportsensiblen Meerereszeugnisse über eine ausgefeilte Kühllogistik sicherstellen, dass die Produkte die Verbraucher auch im Binnenland in Top-Qualität erreichen. Außerdem seien negative Auswirkungen der Brüsseler Pläne auch für die bereits durch das Corona-Geschehen stark belastete Gastronomie und auch die Ernährungswirtschaft zu befürchten. In Hafenstädten wie Büsum sei die seit Jahrhunderten betriebene Krabbenfischerei darüber hin-



Foto: AMK

Fangfrisch aus dem Meer. Wer Urlaub an der Küste macht, der deckt sich gerne direkt vom Fangkutter mit den leckeren Köstlichkeiten aus dem Meer ein. Doch das ist gefährdet, setzt die EU-Kommission Ihre Vorstellungen durch

aus „auch ein prägendes Kulturgut“. Ipsen: „Verschwindet die Fischerei, geht auch ein Stück Identität verloren - mit negativen Auswirkungen für den Tourismus.“

Die IHK Schleswig-Holstein plädiert für „eine differenzierte Neubewertung unter Einbeziehung aller wesentlichen Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verbänden“. Ein pauschales Verbot blende die ungleichen Voraussetzungen in den Ländern der EU aus. So liege etwa in Deutschland der Anteil der Meeresschutzgebiete bei 45 Prozent. Im EU-Vergleich seien das aber gerade einmal 12 Prozent. Für die Kammer kommt es jetzt darauf an, einen Vorschlag zu formulieren, „der den direkt und indirekt betroffenen Unternehmen die Zeit und die Möglichkeiten gibt, sich auf eine Verschärfung der Regularien einzustellen“. Außerdem sollte, so befindet Ipsen, „ein neues Maßnahmenpaket die Fortschritte berücksichtigen, die unlängst in die Wege geleitet wurden“. Für den Kammerchef zählen dazu beispielsweise das von der EU genehmigte deutsche Programm zum Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie die Fischereimanagementmaßnahmen in den Natura-2000-Gebieten der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nordsee.

Nach Überzeugung von Gerd-Christian Wagner, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e. V. (SDN), würde der Wegfall einer „nachhaltigen Küstenfischerei“ in Deutschland dazu führen, dass „unsere Nordsee, bei all ihrer industriellen Nutzung, kaum mehr eine Chance habe, noch wenigstens ein der Natur nahes Refugium zu bleiben“. Für ihn werde also der sogenannte Aktionsplan aus Brüssel, der ja eigentlich für einen ausgeprägteren Meeresschutz sorgen soll, „mit seiner Umsetzung schlicht das Gegenteil bewirken“.

Vor dem Hintergrund der politischen Diskussion um ein mögliches Verbot der Fischerei mit Grundschleppnetzen in Meeresschutzgebieten fordert die Umweltschutzorganisation WWF indes „mehr Nachhaltigkeit in der deutschen Fischerei“. Es müsse gelingen, „die Fischerei mit bodenberührenden Netzen effektiv und zuallererst in den Schutzgebieten zu beschränken“, sagte die Geschäftsleiterin Transformation beim WWF Deutschland, Heike Vesper. In den Gesprächen mit den Krabbenfishern, der Politik und dem Naturschutz müsse es nun darum gehen, sowohl den Meeresschutz sicherzustellen als auch eine Zukunftsperspektive für die Fischerei zu schaffen. ■ EHA/dpa



Foto: IHK Schleswig-Holstein

„Mit dem Verlust der Fischerei geht auch ein wichtiges Stück regionale Identität verloren.“

Björn Ipsen
IHK Schleswig-Holstein